

ANTRAG

Antragssteller: Norbert Neuwirth

Bekämpfen wir die Armutsgefährdung der Kinder in Österreich

Die allgemeine Armutsgefährdung hat in den letzten zwei Jahren wieder zugenommen. 2017 lebten 14,4% aller Menschen in Österreich in armutsgefährdeten Haushalten. Die zusätzlich erkennbare soziale Ausgrenzungsgefährdung steigert diesen Anteil sogar auf 18,1% aller in Österreich Wohnhaften.¹ Kinder sind von Armut in weit höherem Ausmaß betroffen: die Quote der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von einkommensbezogener Armut betroffen sind liegt bereits selbst bei 18,2%, sozial ausgrenzungsgefährdet sind 22%.² Im Gegensatz zu Personen im Haupterwerbssalter können Kinder so gut wie nichts gegen ihre Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung unternehmen.

Mehrkindfamilien sind besonders armutsgefährdet. Politische Aussagen wie „In Österreich bekommen die Falschen viele Kinder!“ führten schon lange – und nun verstärkt – zur mangelnden Unterstützung armutsgefährdeter Familien und insbesondere der systematischen Reduktion von Unterstützung von armutsgefährdeten Mehrkindfamilien. Die gerade in Umsetzung befindliche Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS), also dem letzten sozialen Auffangnetz, limitiert die äußerst knappen Ressourcen der betroffenen Mehrkindfamilien noch weiter, da für das dritte bzw. jedes weitere Kind nur noch etwas € 43,- an BMS gewährt werden.

Die wachsende Kinderarmut – insbesondere die von Kinder mit zumindest zwei Geschwistern – wird sich alleine dadurch weiter und tiefgehend verschärfen. Nur wenige können sich auch später als Jugendliche bzw. junge Erwachsene aus der Armutsgefährdung herausentwickeln. Viele verbleiben mit geringen Ausbildungszeiten in schlecht bezahlten und unsicheren Jobs, bekommen aber selbst früher und alleine deshalb tendenziell auch mehr Kinder. Damit dreht sich der Armutszyklus um eine Generation weiter und verschärft sich gesamtgesellschaftlich.

Die Konferenz der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund möge daher beschließen:

1. Die SPÖ Wien soll sicherstellen, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung auch für Familien mit mehreren Kindern ausreicht, um insbesondere der sozialen Exklusion der Kinder und Jugendlichen vorzubeugen
2. Als Richtwert für den Mindestbetrag, der jedem Kind zu garantieren ist, sollen vorerst die aktualisierten Referenzbudgets der Österreichischen Schuldnerberatung herangezogen werden. Nach weiterführenden Berechnungen der Volkshilfe entspricht dies einem monatlichen Betrag von € 625,- pro Kind.³

¹ Quelle: Statistik Austria

² Quelle: Österreichisches Institut für Familienforschung

³ Quelle: Europäisches Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

3. Die SPÖ möge ein bundesweites Verfahren entwickeln und nächstmöglich umsetzen, das gewährleistet, dass auch bundesweit für jedes Kind in Österreich der genannte monatliche Grundbetrag rechnerisch zur Verfügung steht. Dabei ist einerseits der Geschwistereffekt zu berücksichtigen und andererseits zu gewährleisten, dass Anreize zur Erwerbspartizipation beider Eltern zumindest im heutigen Ausmaß erhalten bleiben.